

Stadt muss mehr zahlen für Quartiere

Unterstützung für Wohnungslose

ca Lüneburg. Die Armut wird teurer für Lüneburg: Weil mehr Wohnungslose nach einer Bleibe suchen, steigt die Zahl der Übernachtungen beim Herbergsverein drastisch an, vermutlich von geschätzten 4100 auf 6800, heißt es in einer Vorlage der Verwaltung für den heute tagenden Sozialausschuss. Im ersten Halbjahr habe es bereits 3518 Übernachtungen gegeben. Die Kosten würden damit von 70 000 auf 120 000 Euro springen. Eine Entlastung scheint nicht in Sicht: Auch für die Jahre bis 2013 rechnen Rathaus und Verein mit ähnlich hohen Übernachtungszahlen.

Die Stadt muss im Rahmen der gesetzlichen Gefahrenabwehr Obdachlosen eine Bleibe nachweisen. Vor sechs Jahren hat sie diese Aufgabe dem Herbergsverein übertragen und ist mit dieser Lösung zufrieden, die

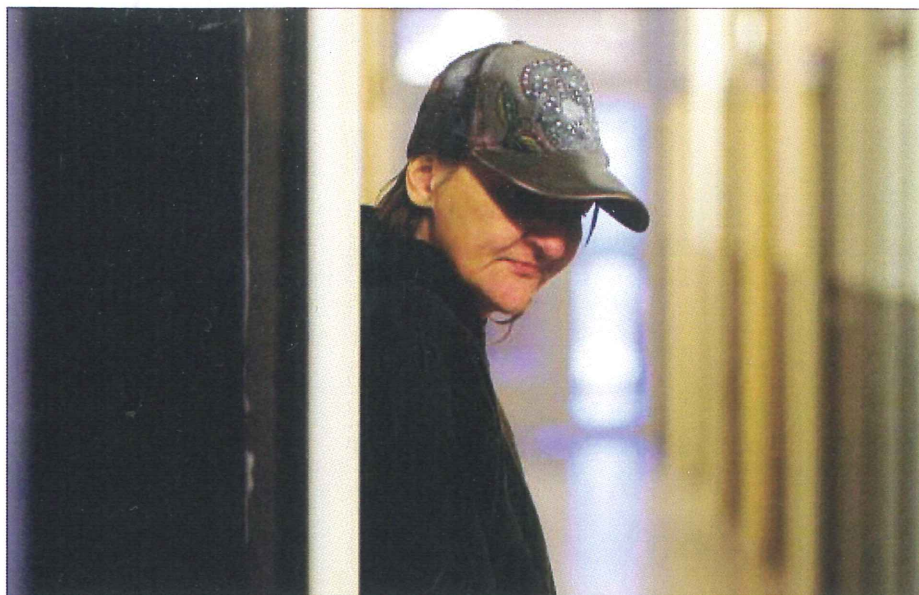
Zusammenarbeit sei „äußerst kooperativ“ und geschehe „zu sehr wirtschaftlichen Konditionen“. Der Verein hat von der Stadt damals in Zusammenarbeit mit der Sieb- & Meyer-Stiftung das ehemalige Obdach Im Tiefen Tal übernommen.

Warum die Zahl der Übernachtungen so erheblich steigt, können die beim Herbergsverein für Unterkunft zuständigen Mitarbeiter Stefan Buchholz und Carl Sasse nicht erklären. Ein Grund könne der Winter sein: Viele Menschen kämen übergangsweise bei Bekannten unter. Vielleicht habe das Zusammenleben über die langen kalten Monate nicht so gut geklappt wie in den Vorjahren.

Die beiden Fachleute machen aber auch tiefgehende Veränderungen aus: Der Markt gerade für kleine und billige Wohnungen sei angespannt.



Carl Sasse (l.) und Stefan Buchholz betreuen die Wohnungen und die Klienten des Herbergsvereins. Foto: ca



Obdachlose Frauen – hier ein Archivfoto – haben es besonders schwer, sie leben überdurchschnittlich lange in den Gebäuden des Herbergsvereins Beim Benedikt. Heute beschäftigt sich der Sozialausschuss mit dem Thema um 15.30 Uhr beim Projekt job.plattform, Fährsteg 5. Foto: A/t & w

Eher vermiete ein Hausbesitzer an einen Studenten als an einen Hartz IV-Empfänger. Noch prekärer sei es bei unter 25-Jährigen: Die Arbeitsgemeinschaft Grundsicherung (Arge) verlange aufgrund der Gesetzeslage, dass junge Leute bei Vater oder Mutter wohnen bleiben. Doch manch einer empfinde die Situation zu Hause als so schlimm, dass er lieber irgendwo kampfere als zurückkehre. Und so reichen die 150 Wohnungen, über die der Verein verfügt, kaum aus, um alle Bedürftigen zu versorgen.

Wie andere Obdachlosenhilfen auch, beobachten die Lüneburger, dass seelische und Suchterkrankungen des Klientels zunehmen. Sie sehen mehrere Ursachen: Manche therapeutische Einrichtung trennt sich von problematischen Patienten, wenn es irgend geht, also zum Beispiel mit der Volljährigkeit. „Die Betroffenen haben zig Hilfen durch, die wollen nicht mehr“, sagt Buchholz. Sie seien zumindest für den Moment für kein Angebot mehr

empfänglich. Es gebe auch Patienten, die aus dem Maßregelvollzug entlassen würden, also der psychiatrischen Unterbringung von Straftätern: „Für die ist keiner zuständig.“ Angebote

Anzeige

„Trauringstudio – Ringe für ein ganzes Leben“
JUWELIER MAHLBERG
Kleine Bäckerstraße 11-12 · www.j-m-m.de

der Kliniken für einen Übergang verweigern die Betroffenen.

Zudem habe sich die psychiatrische Betreuung gewandelt. Sie soll rechtzeitig und wohnortnah sein. Das bedeute aber auch, dass Menschen, die sonst jahrelang in Kliniken lebten, heute im Obdach landen. Der Herbergsverein hat reagiert: Die Organisation übernimmt mit dessen Zustimmung im Sommer das Wichernhaus, in dem seelisch Kranke leben.

Zudem gibt es einen Wohncontainer, der nicht über das Herbergs Gelände Beim Bene-

dikt zu erreichen ist, in dem aggressive Klienten untergebracht werden, allerdings maximal einer. „Oft spielt bei ihnen eine psychische Erkrankung eine Rolle“, sagt Sasse. „Die Impulskontrolle ist weg, sie rasten aus. Nicht mal die Androhung von Polizei hilft.“ Trotzdem versuchen die Sozialarbeiter, diesen Menschen immer wieder ein Gesprächsangebot zu machen, um so die permanent erlebte Ablehnung zu durchbrechen – nur wer offen sei, könne Hilfe annehmen.

Buchholz und Sasse betonen, dass die Masse ihrer Klienten nach einer Übergangszeit wieder in regulären Wohnungen leben kann. Das bedeute aber auch, dass Menschen nutzen die Unterkunft im Rahmen der Gefahrenabwehr im Durchschnitt gerade mal fünf Wochen. Allerdings mussten 16 Personen aufgrund ihrer Probleme im Mittel 195 Tage bleiben. Drei davon sind Frauen. Sie seien psychisch krank, könnten das aber nicht einsehen, daher würden sie Angebote verweigern.